



POLITIK / AUSLAND

Kolumbien - Weihnachtlicher Waffenstillstand zwischen ELN und kolumbianischer Regierung

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

(Bogotá, 17.12.2018, Pressenza) - Wegen den Weihnachtstagen sollte ab dem 23. Dezember ein zwölf-tägiger Waffenstillstand zwischen der kolumbianischen Guerilla ELN (Ejército de Liberación Nacional) und der kolumbianischen Regierung in Kraft treten. Dies gab die Aufstandsbewegung ... *(Seite 4)*

RECHT / FAKTEN



Foto: Francisco Simón/Prensa Comunitaria CC 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Guatemala - Gegen mächtige Feinde

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

(Mexiko-Stadt, 23. Dezember 2018, npl) - "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen" schaffen und erhalten ... (Seite 6)

Lebensmittelcodes - strategische Versteckspiele

(SB) 4. Januar 2019 - In den USA schreitet die Erosion der Umwelt- und Verbraucherschutzgesetzgebung unermüdlich voran. Im Dezember 2018 hat die US-Regierung eine neue Kennzeichnung für gentechnisch veränderte Produkte beschlossen. Statt "genetically modified" (GE abgekürzt) heißt es auf dem Siegel nun "bioengineered" (BE), z. Dt. "biotechnologisch erzeugt". Das kann bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern leicht zu Verwechslungen führen. Außerdem haben die Hersteller vier Optionen zur Auswahl, wie sie die Produkte künftig kennzeichnen dürfen. Beispielsweise gibt es die Möglichkeit, QR-Codes zu verwenden. Jene schwarz-weiß gemusterten Felder, die auch hierzulande auf vielen Lebensmittelverpackungen aufgedruckt sind, müssen mit einer Smartphone-App oder einem Spezialgerät ausgelesen werden. Wer kein Smartphone besitzt oder nicht das notwendige Lesegerät zur Verfügung hat, wird also im Zweifelsfall nicht ermitteln können, ob er ein gentechnisch verändertes Lebensmittel vor sich hat oder nicht.

Diese Verschleierungsmaßnahme der US-Regierung dürfte damit zu tun haben, daß in den letzten Jahren in der US-Bevölkerung die Vorbehalte gegenüber gentechnisch veränderten Lebensmitteln gewachsen sind und die Menschen beim Einkauf allmählich darauf achten, keine GM-Produkte zu erwerben. Das ist allerdings alles andere als einfach, denn in den USA enthält nahezu jedes Lebensmittel im Supermarkt GMO, also gentechnisch manipulierte Organismen.

Zum Hintergrund: Nachdem 2014 einige US-Bundesstaaten eine Kennzeichnungspflicht für GMO eingeführt hatten und dadurch ein Flickenteppich von unterschiedlichen Gentechnikgesetzen innerhalb der Vereinigten Staaten entstanden war, beauftragte der Kongreß im Juli 2016 das Landwirtschaftsministerium USDA, bundesweit einheitliche Bestimmungen auszuarbeiten. Diese wurden im Sommer 2018 vorgelegt und im Dezember vom US-Kongreß absegnet [1]. Ab dem 1. Januar 2020 treten die Bestimmungen in Kraft, außer für kleinere Lebensmittelproduzenten, die bis

zum 1. Januar 2021 Zeit haben, sich darauf einzustellen. Ein weiteres Jahr darauf ist die Kennzeichnung für alle Produzenten von GM-Lebensmitteln verpflichtend.

Nach dem sogenannten National Bioengineered Food Disclosure Standard haben die Hersteller die Wahl zwischen vier Möglichkeiten, wie sie zukünftig ein BE-Produkt kennzeichnen wollen: Durch ein Symbol oder eine Beschriftung auf der Verpackung, die Angabe einer Internetadresse, wo weitere Informationen nachgelesen werden können, oder den erwähnten QR-Code. Die Verbraucherschutzorganisation Center for Food Safety (CFS) geht davon aus, daß 100 Millionen US-Bürgerinnen und -Bürger aufgrund schlechter Breitbandverbindungen oder einfach, weil sie kein Smartphone besitzen, von den Informationen, die per QR-Code abgerufen werden, ausgeschlossen sind. CFS-Direktor Andrew Kimbrell sagt dazu: "Die eigene Studie von USDA ergab, dass QR-Codes jenes Drittel der Amerikaner inhärent diskriminieren, das kein Smartphone besitzt oder keinen Zugang zum Internet hat. Das sind vor allem auf dem Land lebende, einkommenschwache und ältere Menschen." [2]

Hinzu kommt, daß einige Produkte, die mittels gentechnischer Verfahren hergestellt wurden, von vornherein ausgenommen sind und nicht gekennzeichnet werden müssen. Das betrifft hochverarbeitete Zutaten wie Zucker, Öl und Stärke, viele Erzeugnisse, die mittels neuer Verfahren wie CRISPR und TALEN hergestellt wurden, zahlreiche

Fleisch- und Milchprodukte sowie Tierfutter. Nach Einschätzung der Environmental Working Group (EWG) müssen in Zukunft 10.000 bzw. rund ein Sechstel der GMO-Produkte nicht als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden. Darüber hinaus darf laut EWG ein Produkt bis zu fünf Prozent unbeabsichtigte gentechnisch veränderte Anteile enthalten, ohne daß es gekennzeichnet werden muß. Zum Vergleich: In der Europäischen Union liegt die Grenze bei 0,9 Prozent [3].

Die neuen Bestimmungen werden nicht nur von Nichtregierungsorganisationen wie Food & Water Watch und Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) kritisiert [4], sondern auch von großen Lebensmittelkonzernen wie Danone, Mars, Nestlé und Unilever. Diese haben sich zur Sustainable Food Policy Alliance (SFPA) zusammengeschlossen und stellen sich in einer Presseerklärung auf die Seite der Verbraucherinnen und Verbraucher: "Die Sustainable Food Policy Alliance wird die Bestimmungen noch weiter prüfen. Jedoch bleiben wir besorgt darüber, daß die Standards hinter den Erwartungen der Verbraucher und den Praktiken führender Lebensmittelunternehmen zurückbleiben." [5]

Besonders hinsichtlich Bestimmungen zu den hochverarbeiteten Inhaltsstoffen ist der Konzernzusammenschluß skeptisch und ermuntert seine Mitgliedsunternehmen, "starke, proaktive Schritte zu gehen, um die Erwartungen der Verbraucher an Transparenz zu erfüllen". Andere Unternehmen der Branche

sollen ermutigt werden, das gleiche zu tun.

In der Praxis wird es darauf hinauslaufen, daß ab 2022 lediglich ein grobgerasteter Flickenteppich durch einen feingerasterten abgelöst wird. Zum Beispiel kann dann eine Flasche mit Öl aus gentechnisch veränderter Soja auf vier verschiedene Weisen oder unter Umständen gar nicht gekennzeichnet sein. Und dank dem Label "bioengineered" unterscheidet sich diese Sojaölflasche womöglich nicht besonders deutlich von einer aus "biological", also biologischem Anbau.

Wundert es angesichts solcher Verschleierung des umstrittenen Gentechnikanbaus noch, daß der amerikanische Bauernverband American Farm Bureau Federation, der über sechs Millionen Mitglieder hat und gegen die Kennzeichnungspflicht war, die neuen Bestimmungen begrüßt? Dessen Präsident, Zippy Duvall, lobte Landwirtschaftsminister Sonny Perdue und seinen Staatssekretär Greg Ibach für ihre Arbeit und kommentierte das Gesetz mit den Worten: "Es schafft Klarheit auf dem Markt, damit die Verbraucher fundierte Entscheidungen über die für sie wichtigen Themen treffen können, und schützt die Innovation, die für die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft entscheidend ist." [6]

Die US-Regierung ist freundlich gegenüber der Agrarindustrie, was sich naturgemäß gegen das Interesse der Menschen richtet, die - eigentlich selbstverständlich - keine agrarindustriellen, potentiell gesundheitsschädi-

genden Lebensmittel essen wollen. Bei dem neuen US-Gesetz könnte man jedenfalls besser von einer Unkenntlichmachung der GM-Produkte denn ihrer Kennzeichnung sprechen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.usda.gov/media/press-releases/2018/12/20/establishing-national-bioengineered-food-disclosure-standard>

[2] <https://www.centerforfoodsafety.org/press-releases/5487/long-awaited-final-regulations-for-gmo-food-labeling-leave-millions-of-americans-in-the-dark>

[3] <https://www.ewg.org/ag-mag/2018/06/ewg-analysis-loophole-could-exempt-10000-gmo-foods-disclosure-law>

[4] <https://www.iatp.org/documents/usdas-gmo-disclosure-rule-designed-cover-up>

[5] <https://foodpolicyalliance.org/news/national-bioengineered-food-disclosure-standard/>

[6] <https://www.fb.org/newsroom/farm-bureau-statement-on-usda-bioengineered-food-disclosure-standard>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umge-314.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Bolsonaro kündigt restriktive Umwelt- und Migrationspolitik an



Kaum im Amt, legt Bolsonaro gleich los: Am 2. Januar unterzeichnete er eine Reihe von Dekreten; unter Anderem soll der Mindestlohn gesenkt, die LGBTI-Community von der Menschenrechtspolitik ausgeschlossen und wirtschaftliche Aktivitäten auf indigenem Gebiet zugelassen werden

*Foto: Alan Santos/PR
[CC BY 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)],
via [Wikimedia Commons](https://commons.wikimedia.org/)*

(Caracas, 13. Dezember 2018, telesur) - Brasiliens ultrarechter Präsident Jair Bolsonaro hat erklärt, dass er plant, Änderungen an der vom Brasilianischen Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen IBAMA (Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis) festgelegten Um-

weltpolitik umzusetzen. Diese bezeichnete er als sehr "streng" und kritisierte, dass sie die Entwaldung und andere Abholzungspraktiken in den Indigenengebieten verböten.

"Die Umweltkonzession behindert die Arbeit der Bürgermeister, Gouverneure und des Präsidenten. Nicht einmal das Aufreißen einer Straße ist erlaubt, was häufig in der Amazonasregion vorkommt. Wir werden diesen Zuständen ein Ende setzen und dafür sorgen, dass die Umweltpolitik nicht weiter ein Hindernis ist", sagte Bolsonaro in einem auf seinem Twitterkanal [1] veröffentlichten Video.

Umweltschutz als Hindernis

Außerdem soll die Anzahl geschützter indigener Territorien im Bundesstaat Roraima, im Norden des Landes an der Grenze zu Venezuela und Guyana gelegen, verringert werden. Gleichzeitig bekräftigte Bolsonaro Brasiliens Rückzug von der UN-Klimakonferenz und die Kündigung des Klimaabkommens, das seiner Meinung nach viele Umweltgesetze fordere, die den Abbau natürlicher Ressourcen beschränkten.

"Weshalb sollten wir in einem möglicherweise schädlichen Ab-

kommen verbleiben (...)? Unter anderem verlangt es von Brasilien, eine enorme Wiederaufforstung durchzuführen (...) Wir haben nicht die Mittel, um diese Forderung zu erfüllen", erklärte der ultrarechte Präsident. "Im Boden Roraimas lagert ein ganzen Periodensystem. Nickel, Uran, Gold, Niob. Es muss möglich sein, auf diesem Boden zu arbeiten (...). Außerdem können einige Wasserkraftwerke im Tal des Poti-Flusses angesiedelt werden", fügte er hinzu.

Restriktive Migrationspolitik wie in Europa

Weiterhin wies Bolsonaro darauf hin, dass auch die Migrationsgesetze von Änderungen betroffen sein werden. Diese bezeichnete er als zu flexibel, da sie die Einreise von Ausländern ins Land zu leicht

gestalteten. Sein Vorhaben diesbezüglich ist eine Anpassung des brasilianischen Systems an die Migrationsstandards europäischer Länder (z.B. Deutschlands oder Frankreichs), um den Migrationsstrom zu kontrollieren.

"Wir sind eine Nation und können Menschen bestimmter Kulturen hier nicht akzeptieren. Wir wollen keine Menschen, die unsere Religion nicht respektieren", kommentierte er die Pläne. Zuletzt wies Bolsonaro darauf hin, dass diese Ankündigungen Teil einer geplanten Reihe von Veränderungen seien, die er wöchentlich auf Twitter ankündigen werde.

Anmerkung:

[1] <https://twitter.com/jairbolsonaro/status/1072987645037473792>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/bolsonaro-kuendigt-restriktive-umwelt-und-migrationspolitik-an/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1844.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien -

Weihnachtlicher Waffenstillstand zwischen ELN und kolumbianischer Regierung

(Bogotá, 17.12.2018, *Pressenza*)
- Wegen den Weihnachtstagen sollte ab dem 23. Dezember ein zwölftägiger Waffenstillstand zwischen der kolumbianischen Guerilla ELN (Ejército de Liberación Nacional) und der kolumbianischen Regierung in Kraft treten. Dies gab die Aufstandsbewegung bekannt, die zudem forderte, die Friedensver-

handlungen auf Kuba wieder aufzunehmen.

Das Zentralkommando der ELN veröffentlichte auf Twitter ein Kommuniqué, in dem sie den Waffenstillstand ankündigte: "Auf Bitten der Gemeinden der Gebiete hin, in denen wir uns befinden, wird die ELN die offensiven Operationen vom 23. Dezem-

ber 2018 bis zum 3. Januar 2019 einstellen, um zu einer friedlichen Atmosphäre an Weihnachten und Neujahr beizutragen".

100 Tage langer Waffenstillstand bereits 2017

Dies ist nicht der einzige Waffenstillstand zwischen den beiden

kolumbianischen bewaffneten Kräften. Bereits 2017, als die Friedensverhandlungen in Quito stattfanden, vereinbarten die kolumbianische Regierung und die ELN einen bilateralen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis 9. Januar 2018. In den 101 Tagen sollten günstige Bedingungen geschaffen werden, um ein Friedensabkommen auf den Weg zu bringen, das der kolumbianischen Bevölkerung friedliche Weihnachten ermöglichen sollte.

Einige lokale Medien berichteten, dass die ELN in den letzten Wochen, in denen die Friedensverhandlungen unterbrochen waren, Angriffe gegen die Polizei, sowie gegen die Infrastruktur von Erdöl- und Transportunternehmen in verschiedenen Gebieten des Landes gestartet hatte.

Nach Angaben der spanischen Nachrichtenagentur EFE versicherte die ELN in ihrem Kommuniqué zudem, dass sie die Friedensverhandlungen, die im Februar 2017 begonnen wurden, weiterführen wolle. Die ELN forderte den neuen Präsidenten auf, er müsse "seine Delegierten nach Kuba schicken", wo die Repräsentant*innen der Guerilla sich weiterhin aufhalten.

Neuer Präsident stellt Bedingungen

Die Friedensverhandlungen, die am 1. August unterbrochen wurden, stecken in einer Krise. Bis August hatten die ELN und die vorherige kolumbianische Regierung auf Kuba verhandelt. Der neue Präsident Duque stellte jedoch bereits noch vor seiner

Wahl Bedingungen an eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Guerrilla müsse ihre "kriminellen Aktivitäten, vor allem die Geiselnahmen, beenden und alle Gefangenen freilassen". Die ELN stimmte diesen Bedingungen in ihrem Schreiben nicht zu, sondern betonte:

"Präsident Duque, den Weg und die Bemühungen zu verlassen, die zu einem Dialog und zu Frieden führen, verschärfen die Krise in Kolumbien. Auf diese Weise wird das, was vom Friedensabkommen mit der FARC noch übrig ist, zerstört und der Prozess einer politischen Lösung mit der ELN verleugnet". Die Guerilla betonte außerdem, weiterhin nach einer politischen Lösung des Konflikts zu streben und den Verhandlungstisch in Havanna nicht zu verlassen.

Des Weiteren bekräftigte die ELN, dass sie nach der vereinbarten Agenda, zusammen mit der Zivilgesellschaft und von der internationalen Gemeinschaft begleitet, an der Fortführung eines Dialogs arbeiten werde, um nach humanitären Abkommen zu streben und um einen neuen bilateralen Waffenstillstand zu vereinbaren, wie jener, der von Oktober 2017 bis Januar 2018 in Kraft war.

Der Originalartikel stammt von El Ciudadano.

<https://www.elciudadano.cl/columbia/habra-tregua-navidena-entre-el-eln-y-el-gobierno-colombiano/12/17/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/weihnachts-waffenstillstand-zwischen-eln-und-kolumbianischer-regierung/>

nachts-waffenstillstand-zwischen-eln-und-kolumbianischer-regierung/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1845.html>

SCHACH - SPHINX

Geheime Botschaften im Joghurt

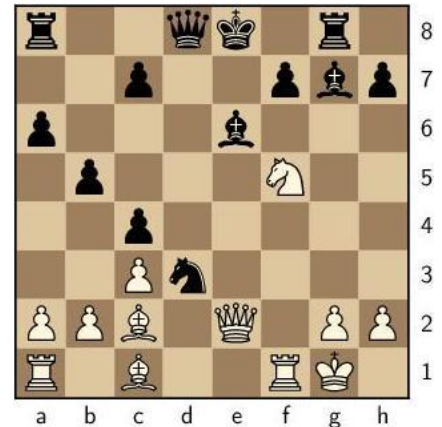
(SB) - Nachdem Anatoli Karpow den Weltmeistertitel gewissermaßen geschenkt bekommen hatte - der exzentrische Amerikaner Bobby Fischer war nicht zum Wettkampf erschienen und hatte sich damit selbst mattgesetzt -, mußte der russische Champion 1978 seine Krone gegen Viktor Kortschnoj verteidigen, und damit wurde die erste Seite im wenig erbaulichen Buch der Karriere Karpows als Weltmeister aufgeschlagen. In Baguio City auf den Philippinen begann, was bis

zum Januar 1998 anhalten sollte. Karpow gilt in der Schachgeschichte als er wohl am heftigsten angegriffene und kritisierte Weltmeister. Fragwürdigkeiten pflasterten seinen Weg, Machenschaften wurden ihm vorgeworfen. Zielscheibe war er insbesondere dadurch, daß er sich als überzeugter Kommunist "outete". Auch die Entgleisung seiner WM-Kämpfe zur politischen und theatermäßigen Farce wird untrennbar mit seinem Namen verknüpft bleiben. In Baguio City beschuldigte Kortschnoj seinen Widersacher, einen Parapsychologen eingesetzt zu haben, um seine Gedanken durch unentwegtes Anstarren zu verwirren. Schließlich steigerte sich das Ganze zur einer Art Moliere-Komödie, als Kortschnoj in der Farbe der Joghurts, die Karpow während der Partien gebracht wurden, einen verschlüsselten Code mutmaßte, durch den Karpow wert-

volle Hinweise von seinem Assistentenstab erhielt. Eine Aberwitzigkeit folgte der anderen, und da behaupten einige Lehrbücher doch tatsächlich, daß Schach von vernunftbegabten Menschen gespielt wird. Jedenfalls konnte der übelbeleumdete Karpow im heutigen Rätsel der Sphinx dank eines glänzenden weißen Zuges - auch ohne Joghurt-Botschaften und Blickzauber - die Partie für sich entscheiden und schließlich das Match gewinnen, Wanderer.

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Für Kasparow war es die erste Niederlage im WM-Kampf 1987, den er dann dank des Sieges in der letzten Runde mit 12:12 für sich entscheiden konnte, da ihm als Titelverteidiger bereits ein Ausgleich genügte. Nach 1...Le2-f3! 2.Lg2xf3 - 2.Te1xe8?? Dd3-f1# -



Karpow - Kortschnoj
Baguio City 1978

2...Dd3xf3+ 3.Kh1-g1 Te8xe1+
4.Da5xe1 Sf5-e3 gewann Karpow
in Runde 2, da das Matt nicht
mehr zu verhindern war. Auf
5.De1-f2 folgt mit Vernichtung
einfach 5...Df3-d1+ mit Hinrich-
tung des weißen Königs im näch-
sten Zug.

[http://www.schattenblick.de/
infopool/schach/schach/
sph06797.html](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06797.html)

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Guatemala - Fokus: SDGs (UN-Nachhaltigkeitsziele) Gegen mächtige Feinde

von Markus Plate

(Mexiko-Stadt, 23. Dezember 2018, npl) - "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen" schaffen und erhalten ist ein UN-Ziel für Nachhaltige Entwicklung. Laut UN-Generalsekretär Antonio Guterres [1] sogar das erste und wichtigste. Genau in diese Richtung zielt

die Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala. Seit 2007 hat die CI-CIG geholfen, eine Reihe hochrangiger Personen wegen Korruption und schlimmerer Verbrechen vor Gericht und ins Gefängnis zu bringen. Doch 2018 haben die korrupten Eli-

ten des Landes zum Gegenangriff geblasen. Denn "leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen", wie sie im Rahmen der SDGs [2] aufgebaut werden sollen, sind so gar nicht im Interesse derer, die mit schwachen Institutio-



'Iván bleibt (in der CICIG) - Jimmy raus (aus der Regierung)'

Foto: Francisco Simón/Prensa Comunitaria CC 4.0

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>]

nen bislang all zu gut gelebt haben.

"Ich bin besessen von Gerechtigkeit. Ich habe eine seltsame Krankheit bezüglich dieser Überzeugung, von der ich mich auch nicht lösen kann", sagte der kolumbianische Jurist Ivan Velázquez unlängst in einem Fernsehinterview. Seit fünf Jahren steht Velázquez der Internationalen Kommission gegen die

Straffreiheit in Guatemala vor. Seit 2007 arbeitet die CICIG [3] in dem mittelamerikanischen Land und hat Ermittlungen wegen Betrugs und Veruntreuung, Korruption und Amtsmissbrauchs, Drogen- und Menschenhandels, Mordes und außergerichtlichen Hinrichtungen eingeleitet und erfolgreich abgeschlossen. Man mag sich fragen: Warum braucht es eigentlich eine UN-Kommission, um solche

schweren Verbrechen verfolgen zu können. Warum schaffen das die guatemaltekischen Strafverfolgungsbehörden nicht ohne fremde Hilfe?

Guatemala war lange Zeit eine Militärdiktatur und eine der blutrünstigsten dazu. Über Jahrzehnte haben die Militärs Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt - im Auftrag der alteingesessenen guatemaltekischen Oberschicht, die sich oft bis in die Zeit der spanischen Conquista zurückverfolgt, seit Jahrhunderten Privilegien be-

sitzt und die es gewohnt war, diese mit allen Mitteln zu verteidigen. Oder, wie es der guatemaltekeische Fotograf Daniel Hernández formuliert: "Die Oberschicht sieht das Land als ihre Finca, auf der sie machen kann was sie will".

Oberschicht plündert das Land aus

Entstanden ist dabei eine Kultur, in der die Mächtigen das Land und den Staatshaushalt fast nach Belieben ausplündern konnten. Und das versuchen sie laut des deutschen ehemaligen Strafverteidigers Michael Mörth bis heute: "Heute geht die CICIG selber davon aus, dass es kriminelle Strukturen sind, die mit den ökonomischen direkt verbunden sind". Mörth ist seit über zwanzig Jahren in Guatemala, hat in der CICIG gearbeitet und später ein Anwaltsbüro zur Menschenrechtsverteidigung mit aufgebaut. Seine Analyse: Der Staat werde heute nicht nur von kriminellen Strukturen bedroht, sondern er sei so infiltriert, dass er mittlerweile mache, was diese kriminellen Strukturen wollen.

Gegen diese Korruptionsnetzwerke und Seilschaften vorzugehen, ist eines der zentralen Ziele der CICIG. Und zusammen mit den guatemaltekeischen Behörden, vor allem mit den ehemaligen Generalstaatsanwältinnen Claudia Paz y Paz und Thelma Aldana, hat die Kommission eine ganze Reihe von Erfolgen gefeiert. Dazu gehören Haftbefehle wegen Mordes, Drogenhandels, Entführung und Erpressung gegen einen ehemaligen Innenminister, einen Polizei- und Vizepolizeichef sowie den Chef des Gefängniswesens; gegen mehrere Offiziere wegen

Mordes, gegen Ex-Präsident Portillo wegen Veruntreuung, gegen Richter und Unternehmer.

Für Jorge Santos [4], Koordinator der Einheit zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala UDEFEGUA [5], ist der Wert der CICIG für Guatemala nicht hoch genug einzuschätzen: "Ich glaube, die CICIG hat eine Menge bewirkt. Bisher mussten doch nur Menschen, die 20 Quetzales oder ein Huhn stehlen, damit rechnen, bestraft zu werden. Heute sehen wir, dass Regierungsvertreter und Unternehmer vor Gericht gestellt werden". Darüber hinaus habe die CICIG auch einen kulturellen Wandel bewirkt: "Wir Guatemalteken müssen diese Chance nutzen, die Arbeit der CICIG unterstützen, um so das gesamte guatemaltekeische Justizsystem zu ändern."

Vom Präsidentenpalast ins Gefängnis

2015 dann landet die CICIG einen Coup, ein Beben, dessen Schockwellen weit über Guatemala hinausreichen. Sie deckt "La Línea" auf, einen Korruptionsskandal im guatemaltekeischen Zoll. Zunächst standen nur einfache Zollbeamte im Fokus der Ermittlungen, doch dann weitet sich der Skandal immer weiter aus: Unternehmer, Richter, dann Guatemalas Vizepräsidentin und zum Schluss sogar Präsident Otto Pérez Molina. Durch die Ermittlungen und nach wochenlangen Protesten war Pérez Molina quasi aus dem Amt ins Gefängnis befördert worden. Selbst CICIG-Chef Ivan Velásquez war überrascht. In einem Interview mit der spanischen Tageszeitung El País sagte Velás-

quez unlängst, er hätte niemals gedacht, in welchem Ausmaß Guatemala von der Korruption durchdrungen sei.

Doch so groß der Erfolg für die Strafverfolgung in Guatemala war, so groß mussten Guatemalas Machteliten auch die Bedrohung empfinden. Denn wer einen Präsidenten in den Knast bringen kann, für den ist niemand mehr unangreifbar, so Michael Mörth: "Auf einmal befindet sich die CICIG oder die Staatsanwaltschaft in einem Sieben-, Achtfrentenkrieg, wo praktisch alle Sektoren der Eliten anklagt werden. Und das heißt, trotz ihrer internen Widersprüche rücken sie alle zusammen und der entscheidende Gegner ist die CICIG, ist die Justiz."

Ein Jahr später, im Jahr 2016, ist Jimmy Morales neuer Präsident Guatemalas. Der ehemalige Fernsehkomiker hatte als angeblicher Saubermann die Wahlen gewonnen - mit Unterstützung ehemaliger Militärs und damit der reaktionärsten Teile des politischen Spektrums. Aber auch die neue Regierung ist schnell im Visier der CICIG. Gegen mehrere enge Vertraute und Top-Funktionäre laufen Ermittlungen und Verfahren, auch gegen den Bruder und den Sohn des Präsidenten. Dem Präsidenten selber droht dreimal die Aufhebung seiner Immunität.

Die Regierung schlägt zurück

Ende August setzt Morales eine Drohkulisse in Szene, versammelt Minister und Militärs für eine Fernsehansprache und kündigt an, das Mandat der CICIG nicht über das Jahr 2019 zu verlängern. Kurze Zeit später legt der Präsident

vor der UN-Vollversammlung im September nach: Die CICIG sei zu einer Bedrohung für den Frieden in Guatemala geworden. Sie habe ein Terrorsystem errichtet in dem jeder, der anders denke, verfolgt werde. Militärs gegen angeblichen Terrorismus. Das ist nicht nur Trump-Style, genau mit dieser Begründung hatte das Militär in Guatemala in den 80er Jahren eine "Aufstandsbekämpfungspolitik" umgesetzt, die die UN später als Völkermord brandmarken sollte.

Als Velázquez dann für ein paar Tage das Land verlässt, verweigert ihm Morales die Wiedereinreise. Eine Entscheidung, die zwar wenige Tage später vom Obersten Verfassungsgericht wieder kassiert wird. Doch Morales ignoriert die Anweisung und löst damit eine Verfassungskrise aus. Und es geht noch weiter. Nun diskutiert der Kongress darüber, das Verfassungsgericht abzuschaffen. Ein Putsch auf Raten droht! Wie der Machtkampf ausgeht, ist ungewiss. Zwar sind 70 Prozent der Guatemalte*innen für die CICIG und gegen Morales. Es zeigt sich aber: Wer sich mit den Mächtigen anlegt, macht sich nicht nur in Guatemala ebenso mächtige Feinde.

Die CICIG benötigt derweil alle Unterstützung, die sie bekommen kann. Da ist die Auszeichnung mit dem alternativen Nobelpreis, dem Right Livelihood Award 2018 [6], für CICIG-Chef Iván Velásquez und die ehemalige guatemalteckische Generalstaatsanwältin Thelma Aldana ein wichtiges Zeichen internationaler Unterstützung. In Guatemala selbst kann sich die CICIG nach wie vor der Unterstützung der Bevölkerung sicher sein. Und diese bleibt auch bitter nötig, will sich das zentralamerikanische Land endlich der Korruption und Straffreiheit entledigen.

Zu diesem Artikel gibt es auch einen Audiobeitrag bei onda: <https://www.npla.de/podcast/elite-verteidigen-die-straflosigkeit/>

Anmerkungen:

[1] https://www.deutschlandfunk.de/antonio-guterres-der-stille-un-generalsekretaer.799.-de.html?dram:article_id=437042

[2] https://www.unric.org/de/images/stories/2016/UN_Card_2016_DE_web_060516.pdf

[3] <https://www.cicig.org/>

[4] <https://pbideutschland.de/aktuelles/guatemala-jorge-santos-koordinator-der-udefegua-zum-pakt-der-korrupten>

[5] <http://udefegua.org/>

[6] <https://www.pressenza.com/de/2018/09/preistraeger-des-right-livelihood-award-2018-bekanntgeben/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/gegenmaechtige-feinde/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00258.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ...

Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

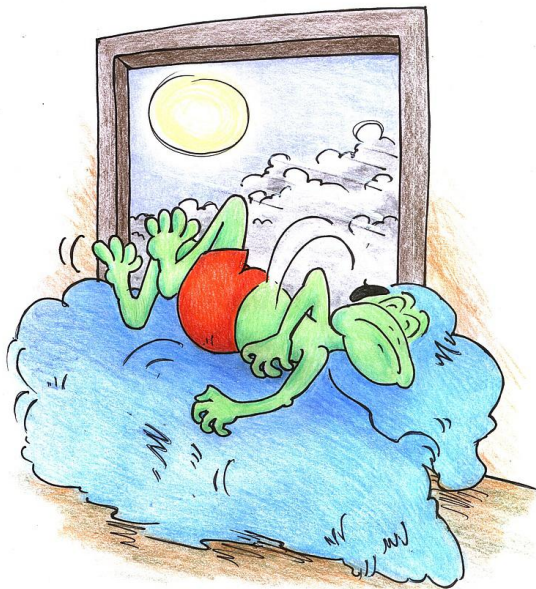
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

UMWELT - REDAKTION	Lebensmittelcodes - strategische Versteckspiele ...	Seite 1
POLITIK - AUSLAND	Brasilien - Bolsonaro kündigt restriktive Umwelt- und Migrationspolitik an (poonal)	Seite 3
POLITIK - AUSLAND	Weihnachtlicher Waffenstillstand zwischen ELN und kolumbianischer Regierung (poonal)	Seite 4
SCHACH-SPHINX	Geheime Botschaften im Joghurt	Seite 5
RECHT - FAKTEN	Guatemala - Gegen mächtige Feinde (poonal)	Seite 6
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 5. Januar 2019	Seite 10

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 5. Januar 2019

+++ Vorhersage für den 05.01.2019 bis zum 06.01.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Stund um Stunde Sonne mehr,
frischer, starker Wind aus Nord,
Jean wirft sich im Schlaf umher,
still zu liegen wäre Mord.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.